

gegangen, dem weggewiesenen Streikposten mit der Verhaftung zu drohen, wenn er es wagen sollte, den Posten noch weiter besetzt zu halten. Wie völlig sinnlos und gefehlt das Vorgehen der Polizei war, möge die Schilderung zeigen, die uns von dem Vorgange gegeben wurde:

Um 4 Uhr kam der Oberwachmeister zu einem der Streikposten in der Konradstraße und sagte: Der Inhaber der Firma von Oh war auf der Polizeiwache und hat gesagt, für ihn sei die Sache erledigt; von den Streikenden werde keiner wieder eingestellt. Die Streikenden sollten sehen, daß sie die Posten einziehen möchten, da es doch keinen Zweck mehr habe. Es seien gegen die Arbeitswilligen Beleidigungen gefallen, wie Streikbrecher, Lump usw. Der Streikposten erwiderte, davon wisse er nichts. Für die Dauer des Streiks müsse das Postenstehen ausgeführt werden. Der Wachmeister entfernte sich darauf, ohne irgendwelche Nachteile anzudrohen. Gegen 6 Uhr, als die Posten in der Konradstraße auf und ab patrouillierten, ging ein Schutzmantel vorüber, sagte aber nichts. Da kam von der entgegengesetzten Seite ein Wachmeister auf den einen Posten zu und es entwickelte sich nun folgendes, vom Wachmeister in barschem Tone geführtes Zwiegespräch:

Wachmeister: Sie stehen hier Streikposten, das ist verboten!

Streikposten: Nein, das ist nicht verboten.

Wachmeister: Ich sage Ihnen, das ist verboten und das genügt!

Streikposten: Erlauben Sie mal — — —

Wachmeister: Ach was, da gibst gar nichts zu erlauben, die Arbeiter sind belästigt und beschimpft worden mit Lump, Streikbrecher und dergleichen und das genügt uns.

Streikposten: Das Gegenteil ist der Fall, die Streikenden sind belästigt worden, ich kann Ihnen sofort die Jungen bringen.

Wachmeister: Das geht mich nichts an, beschweren Sie sich!

Streikposten: Das Streikpostenstehen können Sie uns aber nicht verbieten, das ist unser gesetzliches Recht.

Wachmeister: Streikpostenstehen verbieten wir Ihnen nicht, wir verbieten Ihnen die Strafe.

Der Wachmeister geht nun; der Posten sagt aber noch: Wir werden uns das Recht nicht nehmen lassen und werden uns beschweren.

Wachmeister, umkehrend und in scharfem Ton: Wenn Sie gedenken, das letzte Wort zu haben, so werde ich Sie sofort verhaften. Verlassen Sie sofort die Strafe, wenn ich Sie wieder hier sehe, ob ich Sie erlaube oder nicht, werde ich Sie verhaften!

Darauf begab er sich nach der Eisenbahnstraße.

Der Streikposten fragte nun einen in der Eisenbahnstraße patrouillierenden Schutzmantel, ob Anweisung ergangen sei, die Streikposten wegzurufen. Der Schutzmantel bejahte das und sagte: Bis jetzt ist alles gutgegangen, wir haben bisher keine Veranlassung gehabt, gegen Sie vorzugehen. Lassen Sie sich nichts zu Schulden kommen. Sie dürfen nicht denken, daß es Schikane von uns ist, wir sind darauf angewiesen. Der Streikposten erklärte dem Schutzmantel noch, daß sich die Streikenden beschweren würden.

In einem Posten in der Eisenbahnstraße aber sagte der Wachmeister: Sie wissen doch, was Ihnen gesagt ist. Der Posten verneinte, worauf der Wachmeister ihn anfuhr: Es ist Beschwerde eingereicht und Sie dürfen hier nicht mehr stehen bleiben; entfernen Sie sich, sonst haben Sie die Folgen zu tragen!

Der Wachmeister sprach in scharfem Tone.

Wer da etwa meint, daß die Posten den Verkehr gestört hätten, dem sei nur gesagt, daß die Posten an der Bordkante standen, also niemand im Wege waren, daß also selbst nach den Bestimmungen des Straßenpolizei-regulativs keine Veranlassung vorlag, die Posten wegzurufen. In den Zwiegesprächen hat ja die Polizei auch gar nicht den Versuch gemacht, sich auf die Verordnung zu berufen, sie hat im Gegenteil klipp und klar erkennen lassen, daß die Posten der Firma im Wege stehen, und daß deshalb die Posten verschwinden müßten. Die Leipziger Polizei hat sich also offensichtlich zum Büttel einer bestreikten Firma gemacht unter Außerachtlassung aller gesetzlichen Bestimmungen. Sie hat die Streikenden an der Ausübung ihres Koalitionsrechts zu verhindern gesucht, indem sie die Posten mit Verhaftung bedrohte, wenn sie ihr gesetzlich gewährleitetes Recht ausüben würden. Die Streikenden sind natürlich nicht gewillt, diesen polizeilichen Eingriff sich ruhig gefallen zu lassen, sondern werden Beschwerde einlegen.

**Leipzig und Umgebung.**

**Zum Streik der Sattler und Portefeuliker!**

Die Firmen F. C. Leeemann und August Leeemann auf dem Prühl suchen in den neuesten Nachrichten Sattler, Buchbinder, Markthelfer, Maler und Steppertinen, um mit deren Hilfe ihren Betrieb ausrechtzuhalten. Ein organisierter Markthelfer, der mit einem mit Koffern beladenen Handwagen schon auf der Straße war, stellte sofort die Arbeit ein, als ihm die Mitteilung wurde, daß hier gestreikt wird. Diefem Arbeiter zahlte Herr August Leeemann für 1/2 Stunde Arbeit 40 Pfg. aus. Wir fordern alle Arbeiter auf, Solidarität zu üben und dem Beispiel dieses Arbeiters zu folgen.

Die Streikleitung.

**Deutsches Reich.**

**Zum Kampf der Brauereiarbeiter in Jüßburg.**

Das Braukapital in Jüßburg riskiert eine Kraftprobe, gestützt auf den Arbeitgeberverband für Schleswig-Holstein. Diefem Scharfmacherverband haben sich die Brauereien angeschlossen, der für sie nun die Geschäfte besorgt. Jede Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Arbeiter lehnten sie ab und auch jede Vermittlung des Gewerbeerichts. Die Arbeiter sollen zu den alten Bedingungen weiterarbeiten. Diese Zustimmung lehnten die Streikenden aber ab.

Inzwischen entfaltete der Arbeitgeberverband eine rührige Tätigkeit für seine Schutzbefohlenen, er will scheinbar die Probe von seiner Mächtigkeit liefern. Durch Briefe, Zeitungsinserate und Agenten wurden an den verschiedensten Orten Streikbrecher gesucht. Viel Glück scheint er damit nicht zu haben. Auch aus Unternehmungen in Jüßburg, die dem Arbeitgeberverband angehängen sind, wurden Leute nach den Brauereien geschickt; sie liefen jedoch bald wieder fort.

Die Brauereien, die schon bei der Bierpreiserhöhung die Bevölkerung gefährdet haben — schlagen sie doch 5 Mk. auf den Hektoliter auf, fast das Dreifache, was die Brauenerhöhung ausmacht — werden durch diesen neuesten Akt die gesamte Arbeiterbevölkerung aufpeitschen.

**Eine gelbe Organisation der amerikanischen Eisenbahner.**

Die von einer Reihe Unternehmer gelebte Praxis, durch Ausgabe von Anteilen oder in anderer Weise „Kombinationen“ der Arbeiter mit den Kapitalinteressen zu schaffen, wird von den Eisenbahngesellschaften in großen angebahnt. Wie unser amerikanisches Bruderblatt Appeal to Reason berichtet, sind Hunderte Agenten an der Arbeit eine neue Vereinigung mit der Bezeichnung: Amerikanischer Eisenbahngewerkschafts- und Aktionäre-Berein ins Leben zu rufen. Die Mitglieder

sollen in drei Gruppen zerfallen: 1. Angestellte, Mitglieder von Organisationen, 2. Aktionäre und Obligationeninhaber, 3. Einzelmitglieder: Nichtorganisierte Angestellte und Kapitalbeteiligte. Die Organisationen sollen in Konferenzen durch Beamte vertreten sein, deren Abstimmung für sie bindend ist.

Bei der mangelnden sozialistischen Erkenntnis der amerikanischen Gewerkschaften, oder wenigstens eines großen Teiles ihrer Beamten, wird den Eisenbahnkapitalisten dieser neue Anbahnungsversuch der Arbeiter ohne Zweifel gelingen. Es ist aber auch zu erwarten, daß das rückwärtsgegangene Vorgehen der Eisenbahnmagnaten gegen die Arbeiter diese doch endlich aufschrecken und zur Erkenntnis ihrer Klassenlage bringen wird. In einigen anderen amerikanischen Gewerkschaften schreitet die sozialistische Erkenntnis ja schon erfreulich vorwärts.

Die Zigarettenarbeiter der Firma Max Hannemann in Dortmund haben die Arbeit niedergelegt. Die Firma wollte die neuen Steuern dadurch auf die Arbeiter abwälzen, indem sie die Löhne auf die billigeren Sorten Zigaretten um 33% Proz. kürzte. Zigarettenarbeiter wollten Dortmund meiden.

**Aktion, Metallarbeiter!** Der Streik der Formner bei der Firma D. Schwarz & Sohn, Pflugsabrik, Berlinchen (M.M.) ist aufgehoben.

## Soziale Rundschau.

**Arbeiterlos in England und Deutschland.**

Man schreibt uns aus London: In der Daily News gibt Genosse Ramsay MacDonald, der die Deputation der englischen Arbeiterpartei nach Deutschland begleitete, seinen ersten Bericht über seine Eindrücke von der Lage der deutschen Arbeiter. Die erste Stadt, die die Deputation besuchte, war Düsseldorf. Düsseldorf nennt MacDonald die Schaufensterstadt Deutschlands. Sie hat breite Straßen, blumenreiche Gärten, imposante moderne Gebäude, Parks und Waldungen, wo die Arbeitslosen Arbeit finden, es ist ein Mittelpunkt katholischer Wohltätigkeit und eine Hochburg des Konservatismus. Wenn die Zufriedenheit irgendwo in Deutschland eine Stätte hat, dann müßte es in Düsseldorf sein.

Aber eine nähere Untersuchung enthüllte sehr bald die bitterste Armut hinter dem äußeren Schein der Wohlhabenheit und Zufriedenheit. Einer der ersten Eindrücke, den die englischen Arbeitervertreter entbecken, war der eines Pferdehändlers — eine in England völlig unbekannte Erscheinung. MacDonald stellt fest, daß man in dem mit Schugzoll begünstigten Deutschland in dem Pferdegeschäftsstand gar nichts Ungewöhnliches sieht. In den Schaufenstern von Spezialwarenhandlungen sieht man gebrannte Getreidekörner, die als „Kaffee“ verkauft werden. Weides sind Beweise der Armut der deutschen Arbeiterklasse. In einem Wiederladen fanden sie Brot von allen möglichen Farben, nur kein Weißbrot. Die besseren Qualitäten Braumbrot waren sehr wohlgeschmeckt, aber das von den Arbeitern gewöhnlich gekaufte Brot war ein rauhes, schweres, widriges Gemisch. Die Arbeiter essen es, nicht, wie die englischen Tarifreformer behaupten, weil sie Weichmacht daran finden, sondern weil sie das bessere Brot nicht bezahlen können. Das Preis des schlechtesten Brotes war bedeutend höher, als das des besten englischen Weißbrotes. Fast alle Hausbedarfartikel, Geschirr, Wäsche, Matten, Eimer, Körbe usw. waren teurer und von schlechterer Qualität, als in England.

Es wurden dann mehrere Arbeiter verschiedener Mangstufen in ihren Wohnungen aufgesucht. Die Wohnungen waren alle klein, eng und stark überfüllt, die Miete sehr hoch; sie machte in einer Familie mehr als ein Viertel des Gesamtinkommens aus. Die Häuser der ärmeren Stadtviertel waren schmutzig und überfüllt. Immer wieder hörten sie dasselbe Lied: Lebensmittel werden teurer und es wird immer schwerer, ein Auskommen zu finden. Die Löhne steigen liberal in viel geringerem Maße, als die Preise, und in allen Fällen mühte ein Sinken der Lebenshaltung festgehalten werden. Fleisch wird zu einer Delikatesse und an Stelle der echten Lebensmittel treten wohlfeile Surrogate.

Macdonald sagt das Ergebnis seiner Untersuchungen in Düsseldorf vom Standpunkt der Hausfrau folgendermaßen zusammen: 1. Der Mann bringt etwas mehr Geldlohn nach Hause, als früher, aber die Preise steigen schneller als die Löhne. 2. Die deutsche Frau versteht besser Haus zu halten, als die Engländerin. 3. Sie sieht in dem Schugzoll die wichtigste Ursache ihrer Schwierigkeiten. 4. Die englische Hausfrau würde bei gleicher Sparsamkeit zumindest einen um 20 bis 25 Prozent besseren und bequemerem Haushalt führen können, als die deutsche Hausfrau.

**Das Verbot des weißen Phosphors vor dem italienischen Senat.**

Die internationale Konferenz für Arbeiterschutz, die im September 1908 in Bern tagte, hat sich bekanntlich für das Verbot der Verarbeitung des weißen Phosphors ausgesprochen. Damals hat sich auch die italienische Regierung verpflichtet, diesem Verbot beizutreten, und in der Tat ist der betreffende Gesetzesentwurf in der italienischen Kammer vollzogen worden. Der italienische Senat treibt aber in dieser Frage geradezu Obstruktion, und die Ratifizierung, die bis zum 31. Dezember 1908 erfolgt sein sollte, steht heute noch aus, zum größten Schaden des internationalen Arbeiterschutzes, da der Vortruch Italiens auch die andern Mächte ihrer Verpflichtungen entbindet. Man kann sich das Verhalten des Senats nur damit erklären, daß man individuelle Interessen voraussetzt, die hinter den Klaffen stehen. Ihr Vorklaffer — in aufem oder bösem Glauben — ist der Senator Professor Grassi. Dieser hat sich in den Kopf gesetzt, daß der weiße Phosphor nicht schädlich sei. Als Beweis führt er eine Statistik an, nach der in Italien im Laufe von 80 Jahren nur 200 Fälle von Phosphorvergiftung vorgekommen wären. Als ob Italien derartige Statistiken hätte, die auf einen Zeitraum von 80 Jahren zurückgingen! Einen weiteren Beweis führt Grassi darin, daß Frankreich in seinen Kolonien die Verarbeitung des weißen Phosphors beibehält, was natürlich gar nichts sagen will, da die Kolonialmächte bekanntlich ein nicht allzu zartes Gewissen in Bezug auf die Gesundheit der von ihnen „zivilisierten“ Bevölkerung haben. Am 14. Mai hat Grassi wieder im Senat gegen die Ratifizierung gesprochen und richtig wieder eine Vertagung erlangt. Natürlich steht der Senator in dem Verbot des weißen Phosphors eine Schädigung der „nationalen Industrie“. Daß langjährige Erfahrung die größere Schädlichkeit des weißen Phosphors bewiesen und eben dadurch das internationale Vorgehen provoziert hat, scheint der Senat gar nicht zu beachten. Professor Grassi ist ihm eben eine Autorität, die die jahrzehntelange Erfahrung anderer Nationen nicht zu erschüttern vermag.

## Hus der Partei.

A. Das Schöffengericht Karlsruhe erkannte in einer Verleumdungsklage gegen die Redaktion des sozialdemokratischen Volksfreund, daß der Wahrheitsbeweis erbracht war, auf Preisprechung. Kläger war der sogenannte „Direktor“ einer Hilfskrankenkasse, vor deren beteiligterem Geharen in unserem Parteiorgan gewarnt worden war. Das Urteil befähigt den Kläger der strafbaren Untreue und billigt unserem Genossen Weichmann die Wahrung berechtigter Interessen (§ 189) zu, in diesem Falle sogar die Wahrung fremder Interessen im öffentlichen Interesse durch die Akte daz zu berufen Presse. Ein recht seltener Schutz des hohen Berufes der Journalistik, wie er in Preußen und Sachsen kaum gewährt wird.

Aus den Fingern gezogen. Die Staatsbürgerzeitung teilt mit, Genosse Singer sei total erblindet und werde sein Mandat niederlegen. Wir können dazu erklären, daß diese Mitteilung von A bis Z Schwindel ist; das Befinden des Genossen Singer hat sich erfreulicherweise so gebessert, daß er im Herbst seine parlamentarische Tätigkeit in vollem Umfange wieder aufnehmen wird.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Berlin, 20. Mai.** Wie die B. Z. am Freitag meldet, hat das Reichsamt des Innern erneut dem Vorstand des Bauarbeitgeberbundes seine Vermittlung für die Beilegung des Kampfes im Baugewerbe angeboten. Der Vorstand hat hierzu noch keine Stellung genommen, doch behauptet das Blatt, daß die Annahme der Vermittlung sicher sei. Die Verhandlungen würden schon morgen aufgenommen werden. Der Vorschlag des Dresdner Oberbürgermeisters, zur Beilegung des Kampfes in Sachen in Verhandlungen einzutreten, sei mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhandlungen für das ganze Reichsgebiet von den Unternehmern abgelehnt worden.

**Sarajevo, 19. Mai.** Gestern begannen die Wahlen für den neuen Landtag, und zwar mit den Wahlen in den Landgemeinden. 34 Mandate gelangten zur Besetzung. Davon sind sieben der katholischen, neun der moslimischen und 18 der serbisch-orthodoxen Wählergruppe vorbehalten. Die sämtlichen serbisch-orthodoxen Mandate fielen der serbischen Nationalorganisation zu und sämtliche moslimische Mandate der moslimischen Nationalorganisation. Von den sieben katholischen Mandaten gewann die Katholika Udruza (die kroatische Partei des Erzbischofs Stadler) zwei Mandate. Die übrigen fünf Mandate fielen der Srpski Zajednica, nämlich der gemäßigt katholischen Wirtschaftspartei des Vizebürgermeisters Mandic von Sarajevo zu.

**Sofonki, 20. Mai.** Zwei Transportdampfer mit drei Bataillonen und der Division Samzun sind hier eingetroffen und gehen sofort nach Albanien ab. Weitere fünf Bataillone werden erwartet. Das eigentliche Operationskorps in Albanien besteht aus 35 000 Mann. Es verlautet, daß sich unter den Truppen viele Kranke befinden.

**Wien, 19. Mai.** Im Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses stellte der sozialdemokratische Abg. Renner unter Hinweis auf Blättermeldungen über neue bedeutende Marineforderungen sowie auf den Umstand, daß ohne Befragen des Parlaments, ohne Voranschlag und finanzielle Deckung Dreadnoughts gebaut werden sollten, den Antrag, die Verhandlungen des Ausschusses solange auszusetzen, bis die Regierung über die Marineerfordernisse authentische Aufklärung gegeben habe. Mehrere Redner, sowie der Finanzminister sprachen sich gegen diesen Antrag aus. Der Antrag Renner wurde darauf mit 18 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

**Konstanz, 20. Mai.** In der Nationalversammlung entwickelte gestern der Chef der provisorischen Regierung, daß diese alle diplomatischen Mittel anwenden wolle, um an der gegenwärtigen Lage nichts zu ändern. Die Nationalversammlung erteilte der Regierung ein Vertrauensvotum. Benzelos machte Mitteilung von der Warnung des Konsuls, dem Könige der Serben den Eid zu leisten, und sagte: Die Mitarbeit der Muselmanen in der Nationalversammlung sei unmöglich, da man von ihnen annehmen müßte, daß sie gegen den freikirchlichen Staat handelten. Die Regierung werde ihnen aber weiter den notwendigen Schutz gewähren, da sie die Muselmanen als Opfer der türkischen Politik betrachte, ohne daß sie sich dessen bewußt seien. Nach langer Debatte wurde beschlossen, die Muselmanen zur Nationalversammlung nicht zuzulassen. Darauf wurde die Versammlung auf 40 Tage vertagt.

## Quittung.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen bei uns ein:	
Bereits quittiert	3700.40
Miege Freiheit, Turnerbund Schönfeld	2.—
Marktschäfer, Pfingstausflugler nach Mütha in Cytbra	4.15
Parkschänke Marktschäfer, Doppelkopf Hall's Mann	1.30
Extrator in Stadt Leipzig, Marktschäfer	7.15
Stammisch, Restauration Ahnung, Marktschäfer	10.—
Mie Post Marktschäfer	3.—
Parkschänke Marktschäfer, 8. Rate	3.—
Stapspiel, Parkschänke Marktschäfer	—75
Ungenant, Parkschänke Marktschäfer	—50
Stapspieler, Parkschänke Marktschäfer	—70
Schafkopfsklub Nahmittel, Restaurant Wartburg, L.B.	5.—
Muffler im Restaurant zum kühlen Brunnen	2.70
Ausflug von Schleuditz nach Böhlig-Chrenberg am ersten Feiertag in der Grünen Aue	3.15
Dietrich, Connewitz	3.—
Extrator, Waghau, durch Werner	4.15
Regelparteiabend von H. Arnold, Gasthof Großbödig	1.—
Drübereim Lindenthal, 5 Stück Lüttich, Einkommensteuer	—75
Sängerabteilung Böhlig-Dödig	6.25
Vandoneklub Eyra, Schenditz, Extrator in Dödig	3.35
Miege Fortschritt des Turnerbundes Schönfeld, Pfingstpartie nach Jiegenhau bei Jena	2.50
Holmeier, Antas und Wimon	1.20
Ausflug mit Restaurateur Paul Böhmer, Gerberstraße	1.50
Postler-Jwalid, Connewitz	1.—
D. M. G.	3.50
Finstere Ede, Plagwitz	4.55
Extrator, Sparverein Gemütslichkeit, Lindenau	3.—
Gastwirtverein Leipzig und Umgebung, 1. Rate	50.—
Salunenburg, Thelka, Geburtstagsfeier, durch J. A.	2.—
Frühstücken in Restaurant Baunad, Dödig, durch D.	4.10
Von den Dödigern in Rnauthau	2.—
Extrator beim Sommerfest der Schneider	25.20
Personat der Kraftstation II, Lindenau, 3. Rate	6.55
Ein Westfälinger	1.—
Schwimmer im Schiffschen Haus, Connewitz, 1.16, der	2.16
Wirt 1.—	2.16
Kunumbäder, L.-Plagwitz, Mufferschied, durch Fischer	2.70
Markthelfer der Firma M. Hornemann	2.—
Summa: 3042.32	

Leipzig, 20. Mai 1910. Die Expedition.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen ein: Auf Liste 1: 13.—, 2: 10.00, 3: 8.40, 5: 16.15, 20: 4.00, 20: 10.05, 31: 10.15, 32: 3.30, Extrator bei der Muffler 7.00, Freitag in Dödig 4.30, von Gustav Hermann 5.—, von Paul Schickmiller 20.— Mk. Summa: 114.95 Mk.

Schleuditz, 18. Mai 1910. Gewerkschafts-Komitee Schleuditz. Julius Galle, Vorstand.

## Arbeiter! Erwerbt das Leipziger Bürgerrecht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig. Verantwortlich für den Inhaltenteil: Friedrich Müller in Dresden-Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft. Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.